



Stimmt's?

Faktencheck zum Ukraine-Krieg und zur „Zeitenwende“

Die Ukrainer-innen möchten gern in die Nato.

Keineswegs. Als die Ukraine unabhängig wurde, hat das ukrainische Volk für einen dauerhaft neutralen und bündnisfreien Status des Landes gestimmt. Dieses Votum hat bis heute Bestand, es ist nie revidiert worden. Wer eine Nato-Mitgliedschaft fordert, ignoriert also diese legitime Entscheidung des ukrainischen Volkes.

Der Westen hat keine Mitschuld am Ukraine-Krieg.

Doch. Er hätte ihn wahrscheinlich verhindern können. Putin hat jahrelang immer wieder, zuletzt kurz vor Beginn des Krieges, betont, dass eine Nato-Mitgliedschaft der Ukraine, entgegen vorheriger westlicher Zusagen, für ihn eine „rote Linie“ darstellt. Die Nato wollte darüber nicht verhandeln. Wie Alt-Bundeskanzlerin Merkel später zugab, war auch die deutsche Garantie für die Minsk-Abkommen nicht ernst gemeint gewesen, sondern sollte der Ukraine nur Zeit zur Vorbereitung auf eine Konfrontation mit Russland verschaffen.

Eine Einigung zwischen der Ukraine und Russland ist auf diplomatischem Weg nicht zu erreichen.

Doch. Schon kurz nach Kriegsbeginn, im April 2022, haben Verhandlungen eine Einigung erzielt, die die Interessen beider Seiten berücksichtigte: sofortiger Waffenstillstand, russischer Rückzug hinter die Linien vom 23. 2. 2022, Neutralität der Ukraine und Verzicht auf NATO-Beitritt, Sicherheitsgarantien durch Mitglieder des UN-Sicherheitsrates, Integration der Krim nach Russland, Autonomiestatus für Donezk und Luhansk innerhalb der Ukraine. Der Westen ließ diesen Kompromiss scheitern, indem er der Ukraine militärische Unterstützung anbot, wenn sie nicht unterschrieb, sondern den Krieg weiterführte. Inzwischen sind Hunderttausende Soldaten auf beiden Seiten einen sinnlosen Tod gestorben und ein Kompromiss ungleich schwieriger.

Wir müssen nachrüsten, um uns zu verteidigen.

Falsch. Schon jetzt ist die Nato militärisch, allein in Europa, konventionell gegenüber Russland weit überlegen. Für Bildung, Gesundheit, Renten, Kultur, Verkehrswege und Klimaschutz fehlt das Geld, wenn, wie geplant, fünf Prozent aller Werte, die die Menschen in Deutschland Jahr für Jahr erarbeiten, ins Militär gehen. Das entspricht der Hälfte (!) des heutigen Bundeshaushalts.

Rüstung schafft Arbeitsplätze.

Nur auf den ersten Blick. Die Arbeitsplätze, die durch Aufrüstung entstehen, gleichen bei weitem nicht aus, was durch den Job-Abbau in wichtigen Branchen verloren geht, die auf friedlichen Handel angewiesen sind. Schon die Sanktionspolitik und der Verzicht auf günstige russische Energie haben bei uns massiv Industrie-Arbeitsplätze gekostet.

Deutschland ist nicht Kriegspartei.

Das ist die Frage. Denn wir liefern nicht nur Waffen, wir steuern sie und bilden ukrainische Soldaten aus. Russland könnte darin eine aktive Kriegsbeteiligung sehen und hier Waffenschmieden angreifen.

Die militärische Ertüchtigung unseres Hafens macht Bremerhaven sicherer.

Ganz im Gegenteil. Im Kriegsfall würde Bremerhaven als kriegswichtige logistische Drehscheibe vorrangiger Kriegsschauplatz und bevorzugtes Ziel für Angriffe, mit enormen Konsequenzen.

Russland führt bereits einen hybriden Krieg gegen uns.

Bisher gibt es keine stichhaltigen Anhaltspunkte oder gar Beweise dafür. Diverse Drohnensichtungen und -funde, Cyber-Attacken auf Infrastrukturnetze und Ähnliches werden systematisch „den Russen“ in die Schuhe geschoben. Stellt sich das dann als falsch heraus, erfährt man es kaum. So wie im Fall der Sabotage von Nord-Stream 2. Wer weiß schon, dass der Bundesgerichtshof auf Basis der ermittelten Indizien davon ausgeht, „dass die Tat hochwahrscheinlich in fremdstaatlichem“, nämlich ukrainischem, Auftrag erfolgte?

Russland will uns angreifen.

Nein. Obwohl Russland sich seit mehr als vier Jahren in der Ukraine aufreißt, wird ein bevorstehender Angriff auf die NATO herbeigefaselt, um unsere Gesellschaft „kriegstüchtig“ zu machen. Russland hat bis heute einen Angriff auf einen NATO-Staat immer wieder ausgeschlossen. Es verfolgt keine imperialistischen Absichten; es will nur kein weiteres NATO-Militär an seiner Grenze. Zur Erinnerung: in zwei Weltkriegen rollten deutsche Panzer nach Russland, 1941 wurde die Sowjetunion von Deutschland angegriffen, nicht umgekehrt. Damals starben mindestens 13 Millionen sowjetische Soldaten und 14 Millionen Zivilisten.

Deutschland bemüht sich diplomatisch um Frieden.

Im Gegenteil. Äußerungen wie die von Ex-Außenministerin Baerbock: „Wir sind im Krieg mit Russland“ und „Wir müssen Russland ruinieren“ oder vom jetzigen Außenminister Wadepuhl: „Russland wird immer ein Feind für uns bleiben“ oder vom Noch-Bundeskanzler Merz: „Wir sind nicht im Krieg, aber auch nicht im Frieden“ sind kaum dazu angetan, den Dialog mit Russland zu fördern. Reine Mutmaßungen im Zusammenhang mit mysteriösen Drohnensichtungen werden zum Anlass genommen, die Kulturbeziehungen zu kappen und sogar das russische Generalkonsulat in Bonn zu schließen.

Die EU-Sanktionen wirken friedensstiftend.

Leider wird die EU ihrem Anspruch als Friedensmacht keineswegs gerecht, sondern hat zunächst alle sanktioniert, die mit Putin verhandeln wollten. Als dann die USA direkte Gespräche aufnahmen, war Brüssel beleidigt und verlangte Beteiligung, ohne auch nur einen konstruktiven Vorschlag. Stattdessen setzt man auf immer weitere Sanktionen, die nachweislich in der EU sehr viel größeren wirtschaftlichen Schaden anrichten als in Russland. Und will sogar anstelle der USA, denen der Krieg zu teuer wird, die Unterstützung der Ukraine übernehmen.

Dieser Konflikt wird lokal begrenzt bleiben.

So zu denken, ist absolut fahrlässig. Wenn der Konflikt nicht durch Verhandlungen beendet wird, sondern konventionell immer weiter eskaliert und nicht zu gewinnen ist, kann er in einen Atomkrieg führen. Die Folgen wären unvorstellbar.

Machen Sie mit bei unserer Initiative „Mut zum Frieden“!

Kommen Sie zu unserer Mahnwache freitags von 16-17 Uhr vor der Großen Kirche.

Bremerhavener Initiative „Mut zum Frieden“

www.mutzumfriedenbremerhaven.de



@mut_zum_frieden

ViSdP: Helga Bories-Sawala